

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

138 (17.6.1927)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 8 spaltenige Mittelzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig, die Restzeile Mittelzeile 45 Pfennig, o. Rabatt nach Tarif, bei Nichterhaltung des Anzeigenplatzes, bei gerichtlichem Zwang und bei Kontour außer Kraft tritt o. Erschließung und Gerichtsstand in Karlsruhe L. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikfunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenchutz

Bezugspreis monatlich 2.30 Mark o. Dime Zustellung 3 Mark o. Durch die Post monatlich 2.40 Mark o. Einspruchspreis 10 Pfennig o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1. B., Badstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Jubiläum: Durlach, Welfenstraße 22; Baden-Baden, Friedhofstraße 26; Rastatt, Friedhofstraße; Offenburg, Caussestraße 28

Nummer 138 Karlsruhe - Freitag, den 17. Juni 1927 47. Jahrgang

Eine Niederlage des Bürgerblocks

Die Briefporto-Erhöhung im Reichstag vorläufig abgelehnt - Das Plenum verlangt die Zurückziehung der Postgebührenvorlage

Berlin, 17. Juni. (Eigener Bericht.) An den beiden ersten Tagen der neuen Reichstagsession hat der Bürgerblock deutliche Warnungen aus dem Hause erhalten, die ihm beweisen, daß diese Regierung nur über eine sehr unsichere Mehrheit verfügt. Am Montag beschloß der Reichstag gegen die Regierungsparteien, die Anträge über die Portoerhöhung auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung zu bringen. Am Mittwoch selbst nahm der Reichstag im Himmelsprung mit 175 gegen 173 Stimmen einen sozialdemokratischen Antrag an, der sich gegen die Regierungspläne auf Portoerhöhung ausspricht und den Reichspostminister ersucht, seine entsprechenden Vorlagen zurückzuziehen.

lehe halten. Diese Sache ist im Geschäftsordnungsausschuss und im Plenum wiederholt behandelt und gefordert worden. Eine nochmalige Behandlung im Ausschuss ist deshalb überflüssig, wir beantragen die Ablehnung des Antrags.

Abg. Gräfe (Bölk.) bezeichnet die Ausführungen Dittmanns als tendenziös, es handle sich bei dieser Sache um eine Denunziation und um keine feststehende Tatsache, deshalb sei eine nochmalige Prüfung im Ausschuss notwendig, um festzustellen, was Hennig in Kurich eigentlich gesagt habe. — Mit der Mehrheit der Regierungsparteien wird beschlossen, den Antrag dem Geschäftsordnungsausschuss zu überweisen.

Es folgt die Beratung der zu der Frage der Erhöhung der Postgebühren vorliegenden Anträge und Interventionen. Die Regierungsparteien beantragen über das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum namentliche Abstimmung.

Abg. Torgler (Komm.) begründet eine kommunistische Intervention. Die bisherigen Entwürfe der Reichspost seien erzielt worden durch Ausnutzung der breiten Massen und Ausbeutung des Regionalen. Dr. Schädel habe bei seinem Amtsantritt die Verantwortlichkeit einer Portoerhöhung übernommen, sie besteht auch jetzt nicht. Der Plan der Portoerhöhung rechtfertigt das schwere Mißtrauen gegen den Reichspostminister. Ein wichtiger Antrag, den Reichspostminister herbeizuführen, wird abgelehnt.

Abg. Dr. Baumbach (Dem.) weist darauf hin, daß die Frage der Portoerhöhung so tief in das Wirtschaftsleben einschneide, daß an einem Votum des Reichstags auch der Postminister und der Reichspostverwaltungsrat nicht vorbeiziehen könnten. Die jetzt geplante Erhöhung bringe eine außerordentlich schwere Belastung, besonders für Industrie und Handel, der Reichstag dürfe sich auf keinen Fall mit ihr einverstanden erklären.

Abgeordneter Tausadel (So.) erinnert daran, daß der frühere Reichspostminister Stinal im Geschäftsbericht der Reichspost für 1925 sich gegen die Erhöhung der Gebühren gewandt hat, weil das das Signal für eine Preissteigerung auf der ganzen Linie unserer Wirtschaft bilden würde. Das hat auch heute noch seine Richtigkeit. Die jetzt geforderte Erhöhung der Portofläche um 50 Proz. und darüber hinaus würde alljährlich eine Belastung des Volkes mit 300 Millionen Mark zur Folge haben. Wir haben von Anfang an verlangt, daß dabei auch der Reichstag ein deutliches Wort mitreden muß und wenig von dem schlechten Gewissen des Bürgerblocks, wenn er diese Anträge bisher verhindert hat. Der Verwaltungsrat der Reichspost sollte sich hüten, gegen den Willen großer Parteien des Reichstags diese schwere Belastung vorzunehmen, er sollte bedenken, daß er damit auch das Postfinanzwesen in Gefahr bringt. Dabei ist die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung garnicht zu erkennen. Es sollen 56 Millionen Mark notwendig sein für den erhöhten Wohnungszuschuß und die erhöhten Löhne. Diese Ausgaben, die eine läbliche Auswirkung der Mietenerhöhung durch den Bürgerblock sind, hätten schon bei der Aufstellung des Etats eintaktiliert und aus laufenden Mitteln bestritten werden müssen. Die für Verbrauchsverbesserungen verlangten 80 Millionen Mark hat der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrats schon auf 40 Millionen zusammengestrichen. Eigenartig ist auch die Forderung von 24 Millionen Mark für Vereinigung und Tilgung von Anleihen, weil doch die Gesamtsumme der Anleihen noch nicht voll getilgt ist. Daß die Reichspost überhaupt von dem Staatsbankrott nach dem 300 Millionen Mark Anleihen aufgenommen werden sollen, absehen oder nicht, es wäre ja immer noch die Aufnahme einer Auslandsanleihe möglich, die nie zu einer Gefahr für die deutsche Währung werden kann, weil sie ausschließlich für verbundene Zwecke aufgenommen wird. Auch von einer zu starken Verschuldung, die gegen die Aufnahme einer Anleihe spräche, kann nicht die Rede sein. Statt aber den Weg der Auslandsanleihe zu gehen, will das Reichspostministerium einfach die Gebühren detari erhöhen, das laufend alljährlich 150 Millionen Mark für Anleihezwecke entnommen werden können. Zum

Das Zollgespenst

Ein Anschlag des Besitzbürgerblocks gegen die Volksernährung

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drah.) Die Regierungsparteien haben sich am Donnerstag in zwei Sitzungen mit der Verlesung der am 30. Juni ablaufenden Zollgesetzes und der Erhöhung einzelner Positionen dieses Gesetzes befaßt. Der Ausgang der Beratungen wurde offiziell nicht bekannt, aber es scheint, daß man sich über die Zollverhältnisse einigt hat. Diese Einigung trägt nach unseren Informationen alle Merkmale eines Kompromisses, ohne daß die agrarischen Forderungen unbedenklicher sind als vorher.

Angesichts des Sturmes der Entrüstung, der durch die breiten Volksschichten geht, scheint man immerhin von der Forderung auf Abschaffung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen abgesehen zu wollen. Man will aber die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch keineswegs besser als bisher gestalten, denn statt des Gefrierfleisches soll der Fleischzoll, besonders der

Zoll für Speck im Durchschnitt auf rund 12 M erhöht werden. Der Kartoffelzoll will man nicht auf 2 M, sondern auf eine Mark festsetzen. Der ermäßigte Zollfuß ist aber immer noch eine 100prozentige Erhöhung des augenblicklichen Zolls und er dürfte in der Praxis ebenso schädlich hinsichtlich der Volksernährung wirken, wie der Zweimarkfuß. Als Gegenleistung hat man den Agrariern die Erhöhung des Weizenzolls um 50 Pfg. auf 5.50 M zugesprochen. Dabei leistet man sich angesichts der gegenwärtigen Getreideknappheit in Deutschland ein ganz tolles Stück, denn es ist selbstverständlich, daß der erhöhte Weizenzoll, auch wenn er erst im Oktober in Kraft tritt, sich schon jetzt durch einen gesteigerten Preis auswirkt. Die ganzen Zollpläne der Regierung haben jedenfalls von ihrer Gefährlichkeit für die Ernährung des deutschen Volkes durch diese neue Vorlage nichts verloren.



Zwischen Lipp und Kehlgrund stößt ein Schatten an der Wand!

Sitzungsbericht
Berlin, 15. Juni. Die Sitzung wird um 15.30 Uhr vom Präsidium in die Tagesordnung. Auf der Tagesordnung steht zuerst ein Antrag der Deutschnationalen auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den völkischen Abg. Hennig.
Abg. Dittmann (So.): Es handelt sich darum, daß der Abg. Hennig in einer öffentlichen Versammlung in Kurich zur Steuererhöhung aufgefordert hat. Der Reichstag hat schon einmal ein Mißtrauensvotum beschlossen, die Genehmigung zur Strafverfolgung in diesem Falle zu erteilen. Hennig hat sich nachträglich mit einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten gewandt, in dem der Reichstag angegriffen und behauptet wird, durch die Strafverfolgung solle die Redefreiheit der Opposition beschränkt werden. Wenn man so sehr auf seinem Gewissen gegenüber verantwortlich ist, so gebe es doch Leute, die behaupten, er habe gar kein Gewissen. Auch ein Abgeordneter habe keine größere Redefreiheit als andere Abgeordnete, auch er muß sich an die bestehenden Gesetze halten.

Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Frankfurt a. M., 13. Juni. (Ein. Bericht.) Mit einer Größt...

Zu Beginn der eigentlichen Tagung, die am Montag einsetzte...

Einen aufschlußreichen Einblick in die Lage der Holzarbeiter...

Es folgte ein warmer Nachruf auf die verstorbenen Kollegen...

Volkswirtschaft

Der Beamtenabbau und seine Folgen

Ein neuer Berufsweiser. Vom Einheitsverband der Eisenbahner wird geschrieben...

Setzt hat sich das grundlegend geändert. Die Beamtenzahl ist...

Sie wird sich der Abbau aus, daß aus den Fehlern der Reichsbahn...

Gerichtszeitung

Hoteldiebstahl

Im Karlsruhe, 14. Juni. Vor dem Strafrichter des Amtsgerichts...

Karlsruhe gewesen. Der Angeklagte war im März vorigen Jahres...

Eine blutige Auseinandersetzung im Dörfle

Im Karlsruhe, 14. Juni. Es ist eine leidige Tatsache, daß im...

Verurteilung der Geldstrafeinbrecher in Steinen

Das Große Schöffengericht in Freiburg i. Br. verurteilte gegen...

Karlsruher Polizeibericht

Diebstahl. Am 1. 3. 27 wurde im Badischen Bahnhof in Bad...

Körperverletzung. Ein in der Dillstadt wohnhafter Hilfsarbeiter...

Unfall. Am 14. d. Mts. fiel einem Maurer von hier, beim...

Unfall. Am 16. d. Mts. brachte hier ein Arbeiter beim Ent...

Letzte Nachrichten

Die Ozeanflieger in Süddeutschland

RTW. Friedrichshafen, 15. Juni. Die Ozeanflieger sind um...

Nach weiter einlaufenden Nachrichten sind die Ozeanflieger...

Spionageprozeß in Rußland

Berlin, 17. Juni. (Zünddienst.) Wie aus Moskau gemeldet...

Lehrerstreik in Frankreich

Paris, 17. Juni. (Zünddienst.) Die Lehrer der höheren Schu...

Vom Völkerbundsrat

Genf, 16. Juni. (Ein. Draht.) In der Donnerstagsitzung...

Abreise Briands

Paris, 17. Juni. (Zünddienst.) Der Außenminister Briand...

Der deutsche Nationalfeiertag

Ein sozialdemokratischer Antrag — Was wird das Zentrum...

Berlin, 15. Juni. (Ein. Bericht.) Die sozialdemokratische...

Der Antrag hat auch die Unterstützung der demokratischen...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Josef Svod, 62 Jahre alt, Landwirt, Ebemann...

Ala Henkel's Scheuerpulver advertisement with image of a product box.

